

VISIONEN FÜR ÖSTERREICH:

Ökosoziale Marktwirtschaft

Diskussionsforum 12

Familie -
Geborgenheit für unsere Kinder

Neu denken.
Für Wirtschaft
und Umwelt.



Zukunftsparteitag, 24.-25. November 1989, Graz

Vorsitz: LH HR Mag. Siegfried Ludwig
Berichterstatter: Abg.z.NR gf.BL Dir. Rosemarie Bauer

FAMILIE - GEBORGENHEIT FÜR UNSERE KINDER

Für die Österreichische Volkspartei steht die Familie als bester Garant für eine glückliche Zukunft aller Menschen in unserer Heimat im Mittelpunkt ihrer Politik.

Die dauerhafte Partnerbindung, die wechselseitigen Beeinflussungen und Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, das partnerschaftliche Aufarbeiten von inneren und äußeren Konflikten sind in der stabilen Form der Familie am besten zu lernen und zu verwirklichen.

Die Österreichische Volkspartei hält die Ehe für die beste Grundlage, eine Familie aufzubauen, respektiert aber auch andere Formen des Zusammenlebens, die sich um die Verwirklichung der gleichen Werte bemühen.

Aufgabe der Politik ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, daß Ehen und Familien in Partnerschaft diese Werte auch selbständig erreichen können.

Gerade in den Jahren der sozialistischen Regierung ist es für die Familien zunehmend schwerer geworden. Das drückte sich in Erscheinungen aus, die langfristig das Wohlergehen gefährden und die Gesellschaft in einen labilen Zustand versetzen.

Die Belastungspolitik der sozialistischen Regierungen seit Anfang der 70er Jahre hat vor allem Familien mit mehreren Kindern getroffen. So war es bei der Abschaffung der steuerlichen Berücksichtigung der Kinder, so war es bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer, so war es bei der Hinaufsetzung von Tarifen. Die Auswirkungen zeigen sich in einem dramatischen Rückgang der Zahl der Familien mit drei und mehr Kindern.

Auch jetzt in der Zeit der Großen Koalition gibt es Kreise innerhalb der sozialistischen Partei, die ihre Politik gegen die Familien nicht aufgeben. Dies zeigt sich an der Weigerung der sozialistischen Partei, Ehe und Familie in die Verfassung aufzunehmen, obwohl dies im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ festgeschrieben wurde.

Dies zeigt sich aber auch in der Weigerung der Sozialisten, im Rahmen des Familienpaketes vor allem Familien mit mehreren Kindern tatkräftig zu helfen. Nach den Vorstellungen der Sozialisten sollen vor allem soziale Randschichten mit Familiengeldern unterstützt werden.

Nicht nur aus unserer ethischen Verantwortung heraus, sondern auch aus sozial-, struktur- und wirtschaftspolitischen Gründen müssen Familien mit mehreren Kindern besonders unterstützt werden.

Durch den Geburtenrückgang in den letzten 20 Jahren kommt es in absehbarer Zeit zu einer schweren Belastung des Generationenvertrages. Diese Probleme werden wir mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen für die heutige Erwachsenengeneration nicht mehr lösen können (hier müssen andere Maßnahmen greifen wie z.B. Reform des Pensionsversicherungssystems, weitere Aufhebung von Ruhensbestimmungen, flexibler Übergang in den Ruhestand und Förderung der privaten Altersvorsorge).

Was wir heute aber schon tun müssen, ist für die nächsten Generationen vorzusorgen. Daß dies die Familien in besonderem Maß tun, ist von der Gesellschaft in besonderem Maß anzuerkennen.

Daraus ergibt sich für eine neue Familienpolitik: Wir müssen bessere Rahmenbedingungen für das materielle Wohl und die gesellschaftliche Anerkennung derjenigen herstellen, die sich für Kindererziehung entscheiden.

Das wichtigste Ziel ist zunächst, das mit den Sozialisten vereinbarte Familienpaket zügig zu realisieren.

Mit dem Abschluß dieses Familienpaketes werden geteilter Karenzurlaub für Frau und Mann sowie die Ausweitung dieses geteilten Karenzurlaubes auf zwei Jahre, Sondernotstandshilfe für Ehefrauen, Erhöhung der Familienbeihilfe und zusätzlich eine besondere Förderung für einkommenschwächere Familien realisiert.

Weitere Ziele unserer Familienpolitik sind:

- o Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung.
- o Einführung einer Mehrkinderstaffelung bei der Familienbeihilfe
- o Weitere Berücksichtigung der Familie bei der 2. Etappe der Steuerreform. Steuerfreiheit bei Einkommen bis zur Höhe des Existenzminimums für jedes Familienmitglied. Wo ein entsprechender Absetzbetrag aufgrund der Einkommenssituation nicht voll ausgeschöpft werden kann, soll ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden.
- o Ausbau der familienfreundlichen Gestaltung von Tarifen.
- o Wer am Arbeitsplatz "Haushalt" tätig ist, soll den Schutz einer Unfallversicherung genießen.
- o Flexibilisierung der Arbeitszeit, entsprechend den familiären Bedürfnissen.

- o Förderung von Einrichtungen zur Fortbildung während der Zeit der Erfüllung familiärer Aufgaben im Haushalt.
- o Hauskrankenpflege nach dem Vorarlberger Modell, um den Alten, Kranken und Schwachen den Verbleib innerhalb der Familie zu ermöglichen und andererseits die Angehörigen zu entlasten.
- o Beitragsfreie Anrechnung der Erziehungszeit für die Pension.
- o Schaffung und Förderung von nichtinstitutionellen und alternativen Betreuungsmöglichkeiten wie Tagesmütter, Oma/Opa-Dienste, Selbsthilfegruppen und andere Modelle.
- o Förderung von ganztägigen familienergänzenden Einrichtungen wie Tagesheimschulen, Kindergärten, usw., um die Wahlfreiheit von Müttern und Vätern zwischen Erwerb und Familie zu ermöglichen.
- o Weiterer Ausbau der begleitenden Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.